

Streik-Info

Freitag, 07. April 2006, 39. Streiktag
www.uni-duesseldorf.de/verdiUKD

Tarifeinigung in Baden-Württemberg

3 Jahre Laufzeit

Azubis arbeiten weiterhin 38,5 Stunden

Die ver.di Tarifkommission in Baden-Württemberg stimmte dem in Verhandlungen mit dem Kommunalen Arbeitgeberverband (KAV) erreichten Kompromiss zu. In diesen Verhandlungen ging es nur um die Arbeitszeiten. Regelungen zur Vergütung sind in einem noch gültigen Vertrag vereinbart. Der Tarifvertrag zu den Arbeitszeiten enthält folgende Absprachen:

39-Stunden-Woche für die Beschäftigten der Kommunen in Baden-Württemberg. Anders als in Hamburg und Niedersachsen, wo differenzierte Arbeitszeiten vereinbart sind, werden in Baden-

Württemberg alle Beschäftigten der Kommunen statt 38,5 künftig 39 Stunden pro Woche arbeiten. Gleiches gilt bereits für die Arbeiter/innen und Angestellten des Bundes in West- und Ostdeutschland.

Teilzeitbeschäftigte können ihre Arbeitszeit auf Wunsch so verlängern, dass sie keine Einkommenseinbußen erleiden.

Auszubildende arbeiten weiterhin 38,5 Stunden pro Woche.

Die Arbeitgeber haben zugesagt, die Mehrarbeit nicht in Personalabbau umzumünzen, sondern damit die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen zu verbessern.

Umfassende Klausel zum Schutz der Streikenden vor Maßregelungen.

Erhalten bleibt die "Meistbegünstigungsklausel". Sie könnte dazu benutzt werden, einen für die Arbeitgeber günstigeren Tarifabschluss bei den Ländern zu übernehmen.

Im Sinne der Gewerkschaft einigten sich die Tarifparteien auf eine Laufzeit bis 2009.

Die Erklärungsfrist dauert bis zum 11. April.

Infos im Internet:
http://www.verdi.de/tariffbewegung/kommunen_und_laender/streiknachrichten

Immer Freitags ...

treffen wir uns um 10.00 Uhr am Amtssitz von Finanzminister Helmut Linssen. Bis der Minister die Blockademauer durchbricht und wir einen Tarifvertrag haben..

Als Zuschauer erwarten wir heute Kolleginnen und Kollegen des LDS und Delegationen der anderen Uni-Klinik. Motto der Aktion: Die Linssen-Kliniken".



Heute: Personalversammlung

9.30 Uhr, Hörsaal 2 B, Roy-Lichtenstein-Gebäude, Campus

(Diese Personalversammlung richtet sich vor allem an die Beschäftigten der Institute. Selbstverständlich sind aber alle Kolleginnen und Kollegen herzlich eingeladen.)

Landtag

Gestern vor der Plenarsitzung informierte eine größere Gruppe Streikender die Abgeordneten über die Resolution, die in der Personalversammlung am Mittwoch einstimmig verabschiedet wurde. Obwohl sich seit der letzten

Verteilaktion vor einer Woche die Bannmeile auf wundersame Weise vergrößert hatte, gelang es doch, einen Großteil der Parlamentarier zu erreichen. Selbst Ministerpräsident Rütgers wurde persönlich ein

Exemplar der Resolution überreicht.

Auch in Zukunft werden wir unsere Landtagsabgeordneten zeitnah über neue Entwicklungen informieren.

www.uni-duesseldorf.de/verdiUKD

NRZ: Wann wacht Verdi auf?

In einem ebenso langen wie undifferenzierten Kommentar zieht NRZ-Mann Frank Stenglein über den Streik her. Nicht nur hauchdünn über dem Stammtisch, nein mitten darauf kommt der Redakteur zu der Erkenntnis: An allem sind die Gewerkschaften, insbesondere ver.di, schuld. "Dies geht in erster Linie auf des Konto der Gewerkschaft Verdi", kommentiert Stenglein. Überhöhte Forderungen, Kliniken ins finanzielle Chaos stürzen und die Öffentlichkeit dafür zahlen lassen, statt Bescheidenheit und Freude über den - wie auch immer gestalteten - Arbeitsplatz.

Dieter Zentek: Wann wacht Herr Stenglein auf?

Über diese einseitige Kommentierung ist dem Kollegen Dieter Zentek aus Duisburg der Kragen geplatzt. In einem Leserbrief schreibt der NRZ-Abonnent unter anderem:

"Haben Sie schon bemerkt, dass an den UNI-Kliniken seit 5 Jahren kein Tarifvertrag mehr gültig ist ...? ... Dieser tariflose Zustand wird genutzt um neuen Beschäftigten die Arbeitszeit zu verlängern, weniger Urlaubsgeld und weniger Weihnachtsgeld zu zahlen. Die Arbeitszeiterhöhung wird in Stellen umgerechnet, die dann zukünftig wegfallen sollen. ... Bei einem rechtzeitigen Tarifabschluss mit Verdi hätte man noch Geld sparen können ... Von einer Zeitung wie der NRZ erwarte ich als Abo-Leser zukünftig von solch einer Berichterstattung wie die vom 5. April verschont zu werden."